nen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien und der von der Regierung der Republik Kroatien unternommenen Anstrengungen, insbesondere auch ihres Ersuchens um die Aufstellung der Zivilpolizeiunterstützungsgruppe, noch viel zu tun bleibt. Die Regierung der Republik Kroatien ist auch weiterhin für die Rechte und die Sicherheit der Mitglieder aller ethnischen Gruppen innerhalb der Republik Kroatien verantwortlich und ist weiterhin an ihre Verpflichtungen und Zusagen nach dem Grundabkommen über die Region Ostslawonien, Baranja und Westsirmien¹¹ und anderen internationalen Übereinkünften gebunden. Der Rat fordert die Regierung der Republik Kroatien in dieser Hinsicht auf, sich verstärkt um die Förderung der vollen Wiedereingliederung der Region zu bemühen und dabei insbesondere Eigentumsfragen und andere Probleme zu lösen, die die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen behindern, die Menschenrechte zu schützen, indem sie namentlich in Fällen von Drangsalierung einschreitet, sämtliche Ungewißheiten hinsichtlich der Anwendung des Amnestiegesetzes zu beseitigen und durch entsprechende Maßnahmen das Vertrauen der Öffentlichkeit in die kroatische Polizei zu stärken.

In diesem Zusammenhang verweist der Rat nachdrücklich auf die Schlüsselrolle, die der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der gesamten Republik Kroatien, einschließlich der Donauregion, zukommt. Der Rat unterstützt mit Nachdruck eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere zwischen der Mission dieser Organisation und der Unterstützungsgruppe und anderen Büros und Organisationen der Vereinten Nationen in der Republik Kroatien, wie vom Generalsekretär vorgesehen, und legt der Unterstützungsgruppe und der Mission zu diesem Zweck nahe, einander voll unterrichtet zu halten.

Der Rat bekundet den Männern und Frauen der Übergangsverwaltung seine Hochachtung für ihre Einsatzbereitschaft und spricht insbesondere den Übergangsadministratoren und den Truppenkommandeuren seinen Dank aus für die Art und Weise, in der sie die Übergangsverwaltung geführt haben."

Auf seiner 3859. Sitzung am 6. März 1998 beschloß der Rat, den Vertreter Kroatiens einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes "Die Situation in Kroatien" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluß an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab¹²:

"Der Sicherheitsrat bekundet seine Besorgnis darüber, daß die kroatische Regierung die Verpflichtungen nicht einhält, die sie mit dem Grundabkommen über die Region Ostslawonien, Baranja und Westsirmien¹¹, dem Schreiben der kroatischen Regierung vom 13. Januar 1997¹³ und dem Übereinkommen vom 23. April 1997 zwischen der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien, dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und der kroatischen Regierung betreffend die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen eingegangen ist. Der Rat stellt fest, daß die allgemeine Sicherheitslage in der Donauregion weiter relativ stabil ist, er ist jedoch besonders besorgt über das Zunehmen der Fälle von Drangsalierung und Einschüchterung der serbischen Gemeinschaft in der Region und über das Versäumnis der kroatischen Regierung, den Prozeß der nationalen Aussöhnung auf Lokalebene wirksam umzusetzen. Diese besorgniserregende Situation sowie die jüngsten Erklärungen der kroatischen Behörden lassen Zweifel an der Entschlossenheit der Republik Kroatien aufkommen, Angehörige der serbischen Volksgruppe und anderer Minderheiten als vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder der kroatischen Gesellschaft einbeziehen zu wollen.

Der Rat fordert die kroatische Regierung unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 13. Februar 1998⁹ und nach Kenntnisnahme des Schreibens des Ständigen Vertreters der Republik Kroatien bei den Vereinten Nationen vom 5. März 1998¹⁴ auf, ihre Entschlossenheit zur vollinhaltlichen Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Grundabkommen und den anderen Vereinbarungen öffentlich zu bekräftigen und durch ihre Taten unter Beweis zu stellen, namentlich durch Fortschritte bei der nationalen Aussöhnung auf allen Ebenen. Der Rat fordert die kroatische Regierung insbesondere auf, rasche und unzweideutige Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und der Rechte aller Bürger Kroatiens zu ergreifen und bei der serbischen Gemeinschaft in ganz Kroatien Vertrauen zu bilden, indem sie unter anderem die zugesagten Mittel für den Gemeinsamen Rat der Gemeinden bereitstellt. Diese Maßnahmen sollen Vorkehrungen zur Schaffung von Bedingungen umfassen, die den örtlichen Serben den Verbleib in der Region erlauben, die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen erleichtern und die zugrundeliegenden praktischen und wirtschaftlichen Probleme angehen, die einer Rückkehr im Wege stehen. Der Rat fordert die kroatische Regierung auf, klare Verfahren für die Ausstellung von Ausweisen an Flüchtlinge aus Kroatien zu schaffen; einen ausgewogenen Plan für eine landesweite Rückkehr in beide Richtungen aufzustellen; ihre Amnestiegesetzgebung voll und fair umzusetzen; rasch zu handeln, um gerechte Gesetze betreffend Eigentums-

¹¹ Ebd., *Fiftieth Year, Supplement for October, November and December 1995*, Dokument S/1995/951.

¹² S/PRST/1998/6.

¹³ *Official Records of the Security Council, Fifty-second Year, Supplement for January, February and March 1997*, Dokument S/1997/27, Anlage.

¹⁴ Ebd., *Fifty-third Year, Supplement for January, February and March 1998*, Dokument S/1998/197.

und Miet- oder Pachtrechte zu beschließen, die zur Rückkehr ermutigen und einen Anreiz für zusätzliche internationale Wiederaufbauhilfe geben würden; die faire Handhabung beschäftigungsbezogener Leistungen und wirtschaftliche Chancengleichheit zu gewährleisten und die nichtdiskriminierende Anwendung des Rechtsstaatsprinzips sicherzustellen.

Der Rat erkennt an, daß das Verhalten der kroatischen Polizei seit dem Ablauf des Mandats der Übergangsverwaltung im allgemeinen zufriedenstellend war, und spricht in diesem Zusammenhang der Zivilpolizeiunterstützungsgruppe der Vereinten Nationen seine Anerkennung und Unterstützung für die von ihr geleistete Arbeit aus. Der Rat stellt jedoch fest, daß die Polizei geringes Vertrauen in der Bevölkerung genießt. Der Rat fordert die kroatische Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, darunter Öffentlichkeitsarbeit und vorbeugende Maßnahmen seitens der Polizei, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu erhöhen, im Rahmen eines umfassenden Maßnahmenprogramms zur Verhütung ethnisch motivierter Verbrechen und zur Gewährleistung des Schutzes und der Gleichbehandlung aller Bürger Kroatiens, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Der Rat betont, daß nach der Beendigung der Übergangsverwaltung die Verantwortung für die volle Wiedereingliederung der Donauregion klar bei der kroatischen Regierung liegt. Die Vereinten Nationen werden auch weiterhin in enger Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die Situation überwachen und die kroatische Regierung an ihre Verpflichtungen erinnern."

Am 24. Juni 1998 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär¹⁵:

"Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß Ihr Schreiben vom 22. Juni 1998 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Graeme Roger Williams (Neuseeland) zum nächsten Leitenden Militärbeobachter der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Prevlaka zu ernennen¹⁶, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie sind mit der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht einverstanden."

Auf seiner 3901. Sitzung am 2. Juli 1998 beschloß der Rat, den Vertreter Kroatiens einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

"Die Situation in Kroatien

Bericht des Generalsekretärs über die Polizeiunterstützungsgruppe der Vereinten Nationen (S/1998/500)¹⁷."

¹⁵ S/1998/564.

¹⁶ S/1998/563.

¹⁷ Siehe *Official Records of the Security Council, Fifty-third Year, Supplement for April, May and June 1998*.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluß an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab¹⁸:

"Der Sicherheitsrat hat den Bericht des Generalsekretärs vom 11. Juni 1998 behandelt, der gemäß Resolution 1145 (1997) des Sicherheitsrats vom 19. Dezember 1997 vorgelegt wurde¹⁹.

Der Rat stellt fest, daß die Sicherheitslage in der Donauregion insgesamt verhältnismäßig stabil ist. Er stellt außerdem fest, daß die im allgemeinen zufriedenstellende Leistung der kroatischen Polizei in der Region weitgehend auf die umfassende Überwachung durch die Polizeiunterstützungsgruppe der Vereinten Nationen sowie auf die besondere Aufmerksamkeit zurückzuführen ist, die das Innenministerium der Republik Kroatien auf die Situation richtet. Der Rat ist dennoch besorgt darüber, daß trotz der großen kroatischen Polizeipräsenz ethnisch motivierte Zwischenfälle, zwangsweise Räumungen und Einschüchterungsmaßnahmen im Wohnungssektor nicht unterbunden worden sind und daß diese Zwischenfälle in jüngster Zeit zugenommen haben.

Der Rat verleiht seiner tiefen Besorgnis darüber Ausdruck, daß seit Ende 1996 eine große Zahl serbischer Einwohner und Vertriebener aus der Republik Kroatien ausgewandert sind, hauptsächlich wegen fortgesetzter sicherheitsbezogener Zwischenfälle, ethnisch motivierter Einschüchterung, der schlimmen Wirtschaftslage, bürokratischer Hürden, diskriminierender Rechtsvorschriften und eines ins Stocken geratenen Rückkehrprogramms. Falls sich dieser Trend fortsetzt, könnte dies ernsthafte nachteilige Auswirkungen auf die Wiederherstellung einer multiethnischen Gesellschaft in der Republik Kroatien haben. Der Rat begrüßt es daher, daß die Regierung Kroatiens am 26. Juni 1998 ein landesweites Programm für die Rückkehr und Unterbringung von Vertriebenen, Flüchtlingen und wiederangesiedelten Personen²⁰ verabschiedet hat, und fordert dessen rasche und vollständige Umsetzung auf allen Ebenen, namentlich die Abschaffung diskriminierender Eigentumsgesetze und die Einrichtung wirksamer Mechanismen, durch die Eigentümer ihr Eigentum wiedererlangen können. Er betont, wie wichtig es ist, das Aussöhnungsprogramm auf allen Ebenen in ganz Kroatien rasch und vollständig durchzuführen sowie Fälle von Drangsalierung und unrechtmäßiger Zwangsräumung zu verhindern und dagegen einzuschreiten.

Der Rat wiederholt, daß die Verpflichtungen der Regierung Kroatiens aus dem Grundabkommen über die Region Ostslawonien, Baranja und Westsirmien¹¹ sowie aus den internationalen Übereinkünften und anderen Vereinbarungen fortbestehen. Er stellt mit Genugtuung

¹⁸ S/PRST/1998/19.

¹⁹ *Official Records of the Security Council, Fifty-third Year, Supplement for April, May and June 1998*, Dokument S/1998/500.

²⁰ Ebd., Dokument S/1998/589, Anlage.